

internationale sozialistische linke

isl@islinke.de · <http://www.islinke.de/>

Ihre Krise – unsere Krise

Wie die politische Linke und die Gewerkschaftsbewegung in die Offensive kommen

1.

Aufklärung über die wirklichen Zusammenhänge ist die erste Pflicht. Die gegenwärtige weltweite Krise des Kapitalismus ist eine logische Entwicklung der Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Krise ist keine Fehlentwicklung, die auf individuelle Charaktereigenschaften der Akteure oder auf aus dem Ruder gelaufene Geschäftstätigkeit zurückzuführen ist. Die gewaltige Enteignungs- und Umverteilungswelle von unten nach oben in den letzten zwanzig Jahren, von der ein Fünftel der Menschheit mehr oder weniger Wohlstand und Entwicklung ableitete, vier Fünftel der Menschheit aber unter wachsender Armut, Hunger, Bildungslosigkeit und Zukunftsängsten leiden ließ, war gewollt und geplant. Alle politischen, ökonomischen und militärischen Kräfte der herrschenden Eliten haben an ihrer Umsetzung gearbeitet.

Die Schaffung von Niedriglöhnen ist zentraler Programmpunkt aller bürgerlich-kapitalistischen Regierungen. Das Resultat ist Armut per Gesetz und eine Senkung der Lohnquote in allen kapitalistischen Ländern, mit der Folge einer tiefen Polarisierung auch in den reichen Ländern. Die Privatisierung der Sozialversicherungen und anderer öffentlicher Dienstleistungen in den Ländern, die dies noch nicht kannten, sollte bewusst Milliarden Euro für Geldgeschäfte und neue Investitionen des privaten Kapitals freisetzen. Die – nach Kolonialismus, ungleichen Tauschbeziehungen mit formal unabhängigen Staaten der Dritten Welt und Ausplünderung durch eine vergebliche Modernisierung per Kreditversprechen – vierte Welle der Verarmungspolitik gegenüber den armen Staaten des Südens in Form von Freihandelsdiktaten, Strukturanpassungsprogrammen und direkter Herrschaft durch IWF und Weltbank hat den Abfluss von Kapital von Arm nach Reich fortgesetzt. Auch das ist kein Zufall, sondern geplante Politik von privaten Konzernen und Regierungen. Die Wiedereinführung kapitalistischer Marktbeziehungen und der Herrschaft des Wertgesetzes in der Hälfte der Welt, die sich jahrzehntelang durch bürokratische Zentralplanwirtschaften mehr schlecht als recht den imperialistischen Raubzügen entzogen hatte, ist in der Summe nichts als eine gigantische Umverteilung und ursprüngliche Akkumulation von Kapital für dessen weltweiten Feldzüge, mit ähnlichen blutigen, kriegerischen und barbarischen Begleiterscheinungen, wie es bei früheren Prozessen dieser Art der Fall war.

Diese Umverteilung schuf die Basis für die heutige Überakkumulation von Kapital und für die Party der Finanzspekulant und Banker in den letzten Jahren. Durch internationale politische Abkommen und nationale Regierungspolitik wurde ihnen jede Freiheit ermöglicht, alle dieses Casino-leben bremsenden Regelungen wurden aufgehoben.

Während Hunger, Energie- und Wassermangel, Flüchtlingselend und Bildungsmangel den größten Teil der Menschheit ungebrochen quälen und in vielen Bereichen dramatisch zugespitzt wurden, erzeugt der Kapitalismus in seinen Metropolen eine Stagnation im Überfluss, Überproduktion von Waren und Kapital mit den bekannten Folgen: neue Massenerwerbslosigkeit und Vernichtung unvorstellbarer Werte im Nirwana der geplatzten Börsenspekulation und der nicht mehr aufnahmefähigen Märkte. Sämtliche Schlüsselindustrien des Kapitalismus – die Automobilindustrie, die Elektro- und Computerindustrie, die Chemieindustrie – erleben den größten Absatzeinbruch in ihrer Geschichte. Auch hier eine gigantische Überproduktion, der eine sinkende Massenkaukraft gegenüber steht.

Gleichzeitig wird die Zerstörung der natürlichen und klimatischen Grundlagen jeglichen menschlichen Lebens fortgesetzt. Die kapitalistische Produktionsweise erweist sich für die Erde und für die Menschen, die auf ihr leben, bei Aufschwung und Hochkonjunktur ebenso wie jetzt in seiner ökonomischen Krise als größtes Hindernis bei der Entwicklung einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten wie solidarischen Gesellschaft.

2.

Die Regierungsparteien und die Oppositionsparteien FDP und Grüne sind sich uneingeschränkt einig, dass dieses kapitalistische System erhalten werden muss. Sie sind strukturell und materiell vollständig in dieses System eingebunden. Ihre politischen Mittel beschränken sich deshalb auf die Absicherung des Finanzkapitals durch fast surreale Bürgschaftversprechungen und Kapitalspritzen in Billionenhöhe, ausdrücklich ohne in das „operative Geschäft“ der Banken und Versicherungen eingreifen zu wollen. Sie verzichten in atemberaubender Weise auf staatliche Souveränität und lassen das private Kapital mit staatlichem Segen seine Verluste sozialisieren. Sie spendieren der privaten Industrie Konjunkturprogramme, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, dies mit einer ökologischen Korrektur und Kontrolle der Investitionen zu verbinden. Auch der von den Grünen propagierte „Green New Deal“ überträgt die Verantwortung für seine Durchführung an die Gesellschaftsklasse, die sich an nichts anderem orientiert und orientieren kann als an der möglichst schnellen und möglichst umfangreichen Verwertung ihres Kapitals in Form von Profiten. Aktiver Täterschutz – das ist die Summe der politischen Vorschläge aller Parteien im Berliner Reichstag zur Krisenbekämpfung mit Ausnahme der Partei *Die Linke*. Dazu gehört auch die Gewährung öffentlicher Gelder zur Stützung von maroden Unternehmen, die ökologisch unsinnige und offene Subventionierung der Automobilindustrie mittels der „Abwrackprämie“ und die Öffnung der Sozialkassen zur Subventionierung der Löhne in Form von Kurzarbeitergeld – alles ohne oder sogar mit ausdrücklicher Rücknahme politi-

scher Kontrolle, was mit diesen öffentlichen Geldern angerichtet wird. Sie blähen die staatliche Verschuldung zu schwindelnden Höhen auf, um dem privaten Kapital unter die Arme zu greifen, um im gleichen Atemzug zynisch von einer „Schuldenbremse“ zu sprechen, die kommende Kürzungen auf Kosten der kapitallosen Mehrheit der Bevölkerung in den Rang von Verfassungsgrundsätzen heben soll.

Wir sind in Wahlkampfzeiten – und sowohl international (durch neue antiimperialistische und sozialistische Perspektiven in Lateinamerika und anderswo) als auch in Europa (durch neue, wachsende Linksparteien) wächst der Druck, dass alle Parteien ihre Sprache etwas sozialer ausschmücken. Die Partei *Die Linke* wird als Alternative gefürchtet, mehr als sie solch eine radikale Alternative tatsächlich ist. Aber es ist offensichtlich, wenn SPD und Grüne von Mindestlohn und neuer Regulierung der Marktkräfte sprechen, so ist das nach Umfang und Qualität noch nicht einmal geeignet, die ersten Runden von Koalitionsgesprächen zur Bildung einer neuen Regierung zu überstehen, so schnell wird es gegenseitig wegverhandelt werden. Stattdessen wird das Ende der wahlkampfbedingten Zurückhaltung zu den bekannten Einschnitten führen: Kürzung von Sozialleistungen, Erhöhung von Eigenleistungen wie Praxisgebühr und Zuzahlung, Erhöhung von Studiengebühren und Gebühren für kommunale Dienstleistungen, Reduzierung der Leistungen aus Kranken-, Renten- und Arbeitslosen-kasse, ideologische Unterstützung der Unternehmer bei deren Versuchen, die Löhne erneut zu drücken und Vorreitermaßnahmen bei öffentlichen Unternehmen. Und auch eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer wird unvermeidlich zum Instrumentenkasten aller denkbaren Koalitionen nach der Bundestagswahl gehören.

3.

Die entscheidenden Kräfte in den Gewerkschaftsführungen haben sich einerseits zu einer Neuauflage des Schulterschlusses mit der SPD entschieden und begeben sich andererseits in eine aussichtslose Defensivposition. Schon der Verzicht von IG Metall und ver.di, in der konjunkturellen Umbruchphase und noch auf dem Hintergrund von drei Boomjahren der Unternehmen endlich höhere Tarifabschlüsse zu erkämpfen, war eine reale, aber vor allem auch eine symbolische Kapitulation vor dem Kapital und eine Bereitschaftserklärung „Wir zahlen doch für eure Krise“. Täglich rutschen die Gewerkschaften mehr in die Zwickmühle, sich an betrieblichen Pakten zur Rettung von Unternehmen zu beteiligen. Zehntausende von Aktiven in den Betrieben werden aufgefordert, durch Hoffen auf Kurzarbeit und alle Varianten von Sondertarifverträgen, Verzichtsabkommen und Arbeitszeitverlängerungen ihren Beitrag für betriebliche Lösungen der Krise zu leisten. Dazu kommt Gedröhn aus den Gewerkschaftszentralen über die guten deutschen Unternehmen, die es schon schaffen werden. Dabei ist offensichtlich: Es gibt keine betrieblichen Lösungen, außer dem von Kapitaleseite immer gern gesehenen „race to the bottom“, der gegenseitigen Konkurrenz um den größten Verzicht. Die Linke in den Gewerkschaften fordert zu Recht die Entwicklung einer politischen, überbetrieblichen Strategie, in

deren Mittelpunkt eine Offensive für eine neue und deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverluste und mit garantierten Neueinstellungen stehen muss. Es ist ein Bündnis mit den Erwerbslosen aufzubauen, das sowohl einen Mindestlohn in einer Höhe fordert, von dem zu leben ist, also mindestens 10 Euro je Stunde, als auch eine Erhöhung der ALG-II-Regelsätze auf mindestens 500 Euro. Es ist eine Allianz mit den politischen Parteien (außer der Partei *Die Linke* und anderen Kräften der Linken wird es dabei nicht viel geben) zu suchen, um gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen, eine deutliche Verlängerung und Erhöhung der ALG-I-Zahlungen und ein Verbot von Massenentlassungen zu erkämpfen. Ziel einer solchen Allianz müssen vorrangig Verbesserungen der Rechte der Beschäftigten sein: Veto-Recht bei wesentlichen Betriebsentscheidungen, unabhängige Kontrollen der Geschäftsbücher und Produktionsplanungen; Streikrecht auch für politische und gesellschaftliche Anliegen, Abschaffung von Friedenspflicht und Betriebswohlverpflichtung für die Betriebsräte.

Im Mittelpunkt muss aber eine umfassende Kampagne stehen, die Krise dafür zu nutzen, die Verantwortlichen für diese Krise nachhaltig zu entmachten. Jeder Cent an öffentlicher Unterstützung muss mit Übertragung von Eigentumstiteln an den Staat und die Belegschaften verbunden werden. Dies muss mit Kontrolle des „operativen Geschäfts“, der Investitionen und Produktionsplanungen durch staatliche und Belegschaftsstrukturen verbunden werden. Große Unternehmen, die an Markt, Spekulation und Finanzkapital gescheitert sind oder die sich politischen Vorgaben zur Krisenbewältigung widersetzen – wie Opel, Karstadt, Schaeffler usw. – müssen zügig verstaatlicht werden, um dem privaten Kapital vollständig die Macht zu nehmen. Dies ist die Voraussetzung für die dringend notwendige Wende hin zu neuen genossenschaftlichen Eigentumsformen und zu einer demokratischen Entscheidung für eine Umrüstung von Produktionen hin zu ökologisch nachhaltigen Produkten und Produktionsprozessen. Die privaten Finanzunternehmen sind ebenfalls komplett zu vergesellschafteten, weil nur so ihre Unterordnung unter gewollte politische Entwicklungen der Gesellschaft möglich ist.

Die Gewerkschaften führen in ihrer defensiven Not heute regelmäßig Kämpfe für Sozialtarifverträge, um die Folgen von Pleiten und Stilllegungen für die Beschäftigten zu mindern. Diese Kämpfe müssen offensiv gewendet werden, zu einem gemeinschaftlichen Kampf für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“, in dem die Rechte der Beschäftigten ausgebaut, die Sozialpflichtigkeit der Unternehmen wirklich eingelöst und eine neue solidarische und ökologisch nachhaltige Gesellschaftsordnung begründet wird. Dafür lohnt es sich zu streiken, dafür wird man auch streiken müssen – bis hin zum Generalstreik und internationalen Gemeinschaftsaktionen.

Angenommen von der isl-Konferenz in Köln am 7. Juni 2009